

Wirtschaftspolitische Informationen



| Vorstand

des Bereichs Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Nr. 03 / 18. Mai 2011

Kurz und bündig

- Die Regierungschefs der Euro-Zone haben sich auf zwei Treffen im März 2011 auf ein **Gesamtpaket zur Stabilisierung des Euro** geeinigt.
- Der **finanzielle Part**: der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll sicherstellen, dass weitere Eurostaaten Kredite und Garantien bekommen können. Das ist richtig, denn der Euro ist für Deutschland politisch und ökonomisch wichtig.
- Der **politische Teil** des Gesamtpakets dagegen bedeutet eine Zwangsstrategie für alle Mitgliedsstaaten. Er besteht aus dem Euro-Plus-Pakt und einem Gesetzespaket zur europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung.
- Mit einer **europäischen Wirtschaftsregierung** – wie sie auch von Gewerkschaften gefordert wird – haben beide Projekte nicht das Geringste zu tun.
- Die geplanten Maßnahmen wollen den gefährlich einseitigen deutschen Sparkurs auf die EU übertragen und alle Krisenlasten in der Euro-Zone auf Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwache abwälzen.
- Die europäischen Gewerkschaften, müssen jetzt die geplanten **Eingriffe in die Tarifautonomie verhindern**. Lohnpolitische Koordinierung in der Euro-Zone darf allein von den Gewerkschaften selbst organisiert und durchgeführt werden.
- Die IG Metall ist nicht gegen mehr europäische Koordinierung. Aber wir wollen in eine andere Richtung gehen: Wir wollen einen sozialen und solidarischen Euroraum. Dafür machen wir Vorschläge.
- Und: Wirtschaftspolitische Koordinierung muss demokratisch legitimiert sein.

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Europäische Wirtschaftsregierung: IG Metall gegen europäische Lohnkontrolle

Der Euroraum soll eine neue wirtschaftspolitische Steuerung bekommen. Als „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ und als „European Governance“ - wird derzeit der möglicherweise folgenreichste neolibérale Umbau der Europäischen Union vorbereitet. Eurokrise und Verschuldung der europäischen Krisenstaaten sind der Anlass. Setzen EU-Kommission und Europäischer Rat ihre Pläne um, dann kommt dies schwerwiegenden Eingriffen in das nationale Recht der Mitgliedsstaaten gleich. Dabei würden EU-Kommission und konservative Regierungen in Europa nicht vor Eingriffen in die Tarifautonomie zurückschrecken. Gewerkschaften müssen mit Protesten und mit Hilfe des Europaparlaments verfassungswidrige Angriffe abwehren und sich für ein soziales Europa einsetzen.

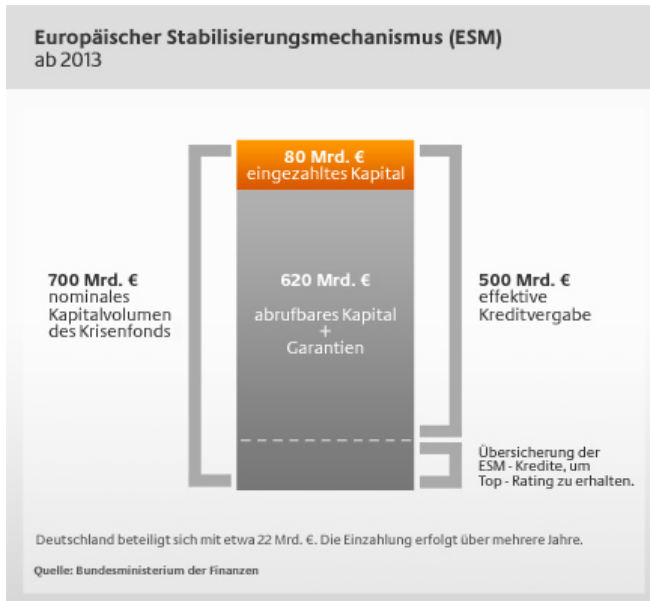
Der Euro ist in Gefahr. Die Eurokrise begann mit den Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands. Nach langem Zögern schnürten die Europäischen Staatschefs im Frühjahr 2010 ein großes Rettungspaket für Athen. Wenige Monate später erwischte es Irland. Der in der Griechenlandkrise neu geschaffene Rettungsschirm kam erstmals zum Einsatz. Die Spekulation war damit aber nicht beendet.

Als nächstes Land ist jetzt Portugal unter den Rettungsschirm der Euroländer geflüchtet. Dessen Finanzmittel reichen noch für Lissabon, aber nicht mehr für die Euro-Schweregewichte Spanien oder Italien.

Deshalb musste gehandelt werden. Die siebzehn Mitgliedstaaten der Eurozone stocken den Rettungsschirm auf und bringen einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auf den Weg. Der Rettungsschirm soll zukünftig mehr Kredite vergeben können und ab 2013 soll der neue ESM auch die Gläubiger an der Bewältigung der Schuldenkrise beteiligen. Der ESM soll 500 Mrd. Euro ausleihen können. Er kann für Eurostaaten in Finanznot zu günstigen Bedingungen am Kapitalmarkt Geld aufnehmen und dies als Kredit weiterreichen. Damit der Fonds diese Kredite aufnehmen kann, haften die Mitgliedstaaten als Garantgeber.

Deutschland ist mit 190 Mrd. Euro dabei. Es muss 27,1% der Garantiesumme übernehmen und 27,1% der Kapitaleinzahlungen leisten. Das macht 22 Mrd. Euro an Kapitaleinzahlungen und 168 Mrd. Euro Garantieübernahme.

Die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs für den dauerhaften finanziellen Hilfsmechanismus ESM ist richtig. Immerhin profitiert die deutsche Wirtschaft vom Euro.



Deutschland hat durch die Einführung des Binnenmarkts und der Eurozone Wettbewerbsvorteile und Marktanteile gewonnen. Über 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in den Euroraum. Die Erträge aus diesen Zugewinnen sind erheblich höher als die Nettozahlungen an den EU-Haushalt und den Eurokrisenfonds.

Die neuen finanziellen Maßnahmen haben allerdings einen hohen Preis. Er steckt in den politischen Teilen des Gesamtpakets zur Eurorettung.

Neben dem neuen finanziellen Rettungsfonds wurden in Brüssel zwei politische Neuerungen beschlossen:

1. Der **Euro-Plus-Pakt** (früher Pakt für Wettbewerbsfähigkeit) und;
2. eine **Europäische wirtschaftspolitische Steuerung**.

Diese Beschlüsse treffen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – in allen Mitgliedsstaaten. Nicht nur die Krisen-Staaten, die Hilfe brauchen, werden sich von der EU-Kommission tiefe Eingriffe in ihre Haushaltspolitik, in Lohn-, Renten- und Sozialsysteme gefallen lassen müssen. Der Versuch einer rigiden politischen Koordinierung, die in alle Politik-Bereiche eingreift, auch in diejenigen, die bisher für die EU tabu waren, droht allen Staaten der Euro-Zone, beziehungsweise allen Staaten der gesamten Europäischen Union.

Beide Vorhaben – der Euro-Plus-Pakt und die wirtschaftspolitische Steuerung – zielen auf Eingriffe in die Haushaltspolitik, in Löhne, Renten und Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten. Das sind Bereiche, die bislang für die europäische Politikebene tabu waren. Damit sind sie auch für Gewerkschaften von allerhöchster Brisanz.

1. Der „Euro-Plus-Pakt“: Instrumente aus dem Besteckkasten des Marktradikalismus

Schon Anfang Februar hatten Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Sarkozy einen „Pakt für

Wettbewerbsfähigkeit“ für die Eurozone vorgeschlagen. Dieser Pakt hat im Kern das folgende Ziel: Staaten, deren Staatsschulden steigen, müssen ihre Ausgaben rasch und drastisch verringern und auch weitere Maßnahmen ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern. Es geht dabei vor allem um Instrumente aus dem Besteckkasten des Marktradikalismus wie Senkung von Lohnkosten, Sozialleistungen und von Unternehmenssteuern.

Dieser Vorschlag entfachte eine breite und strittige Diskussion, in deren Verlauf die Inhalte umformuliert und teilweise entschärft wurden. Auch der Name änderte sich: Der ursprüngliche „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ trägt jetzt den neuen Namen „Euro-Plus-Pakt“. Im Kern ist trotz aller Änderungen des ursprünglichen Merkel-Sarkozy-Planes der alte Inhalt geblieben: Die hoch verschuldeten Staaten werden strengen Spar-Auflagen unterworfen, sie müssen Sozialleistungen kürzen und sollen versuchen, die Lohnkosten zu verringern.

Im Vergleich zur ersten Fassung wird nun die Wahrung der Tarifautonomie der Sozialpartner ausdrücklich erwähnt, aber strenge Sparauflagen bei den Haushalten sowie Eingriffe in die nationale Lohn- und Sozialpolitik sind die zentralen Stellschrauben des Pakts.

- Es wird die „Überprüfung der Lohnfindungssysteme und erforderlichenfalls des Grads der Zentralisierung im Verhandlungsprozess“ verlangt. Das heißt: Branchentarifabschlüsse sind nicht erwünscht.
- Die Lohnindexierungen sollen „überprüft“ werden. Das trifft all die Länder, wo der Inflationsausgleich für die Arbeitnehmer gesetzlich zugesichert ist.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, sollen sich die Lohnstückkosten jedes Landes an der Entwicklung in den anderen Ländern orientieren. Löhne werden in eine Zwangsjacke gesteckt, wenn Lohnsteigerungen jedes einzelnen Mitgliedsstaates an die Lohnentwicklungen seiner wichtigsten Handelspartner gekoppelt werden sollen.

Vorbild für die gewünschte Lohnzurückhaltung soll der öffentliche Sektor werden. Von hier soll die Lohnmäßigung in die Privatwirtschaft ausstrahlen.

Renten-, Gesundheitsfürsorge- und Sozialleistungssysteme sollen überprüft werden, ob sie die öffentlichen Kassen nicht über Gebühr belasten. Das sind kaum verklausulierte Forderungen nach Leistungskürzungen für Kranke und die Anhebung des Rentenalters.

Im Bereich der Fiskalpolitik konzentrieren sich die Maßnahmen bislang einseitig auf die Schuldenreduzierung und eine strikte Sparpolitik. Dabei bleibt unklar, wie die Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten ohne gezielte Wachstumsprogramme die notwendigen Maß-

nahmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erreichen können.

2. Die Steuerungs-Beschlüsse des Europäischen Rates: Die Europäische Wirtschaftspolitische Koordinierung (European Governance)

Verschärft wird die politische Brisanz des „Euro-Plus-Paktes“ durch Beschlüsse des Europäischen Rates. Der Europäische Rat ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer. Dieser billigte bereits im Jahr 2010 eine „Europäische wirtschaftspolitische Steuerung“ (European Governance); die von der EU-Kommission ausgearbeitet worden war. Diese neue wirtschaftspolitische Steuerung soll in diesem Sommer 2011 endgültig beschlossen werden; es handelt sich dabei um insgesamt sechs Gesetzentwürfe.

Vier dieser Gesetze zielen auf die Staatshaushalte. Die Haushalte der EU-Staaten sollen von Brüssel aus überwacht werden. Außerdem sollen Regierungen Geldbußen zahlen, wenn ihr Schuldenberg über 60 Prozent des BIP steigt – eine widersinnige Maßnahme. Diese Steuerung hat genau dasselbe Ziel wie der „Euro-Plus-Pakt“, ist aber in den Medien viel weniger beachtet worden.

Damit sich die EU-Staaten an die neuen Brüsseler Vorschriften halten, wurde ein strenger Kontrollmechanismus erfunden. Er heißt „Europäisches Semester“ und legt einen festen Zeitrahmen fest, in dem die Abstimmung zwischen EU-Ebene und nationaler Regierungsebene stattfinden müssen. In Form von „Empfehlungen“ gibt Brüssel die politische Linie vor. Die nationalen Regierungen werden aber de facto gezwungen, diese umzusetzen und müssen mit ihren nationalen Haushaltsprogrammen in Brüssel zum Rapport erscheinen. Es ist überraschend, dass sich gegen diese schwerwiegende Entmachtung der nationalen Parlamente bisher in Deutschland kaum Widerstand regt. Denn auch die Absegnung der Brüsseler Leitlinien durch das Europäische Parlament kann diesen nationalen Souveränitätsverlust nicht ausgleichen.

Neben den nationalen Parlamenten sind auch die Gewerkschaften durch die neue wirtschaftspolitische Steuerung direkt betroffen. Von den sechs Gesetzen zur Verstärkung der ökonomischen Steuerung sind für uns die Verordnungen zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte besonders brisant.

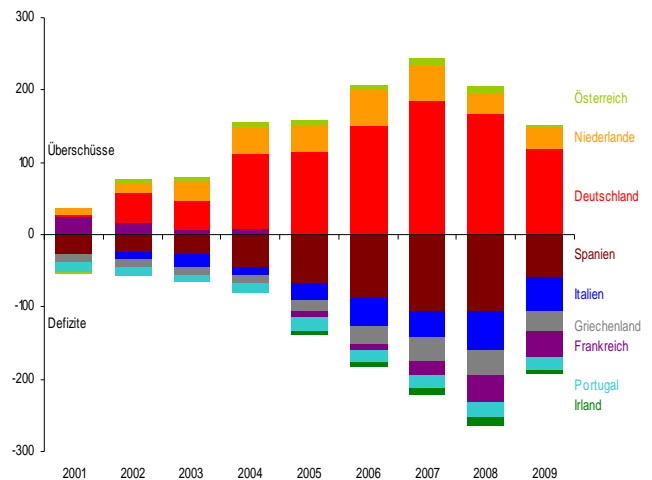
Eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung – vor allem der Versuch, starke Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten abzubauen – ist nicht prinzipiell schlecht. Mit ihren Vorschlägen zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte greift die Kommission erstmals ein Problem der Eurozone auf – ein im Prinzip richtiger Ansatz.

Denn anhaltende Leistungsbilanzdefizite führen für das betroffene Land zum permanenten Anstieg der Auslandsverschuldung. Da seine Einnahmen nicht ausreichen, um seine Importe zu bezahlen, muss sich das

Land im Ausland verschulden. Was zählt, sind nicht nur die Staatsschulden, sondern die Verschuldung aller Sektoren – Unternehmen, Privathaushalte, Staat. Wenn die Verschuldung der gesamten Volkswirtschaft im Ausland strukturell wird, dann wird irgendwann die Kreditwürdigkeit der Schuldner gefährdet.

Den komplexen Ursachen makroökonomischer Ungleichgewichte (Vgl. hierzu: IG Metall: Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 6 / 2010) wird der Kommissionsansatz jedoch in keiner Weise gerecht.

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Euroraumländer in Mrd. Euro



3. IG Metall: Kritik und Positionen

3.1. Löhne werden zur Schlüsselgröße

Anhand eines Sets von Indikatoren will die EU-Kommission in Zukunft prüfen, ob makroökonomische Ungleichgewichte vorliegen. Welche Indikatoren es genau sein werden, ist bislang noch nicht entschieden. Aber die Entwicklung der Lohnstückkosten wird auf jeden Fall dazu gehören.

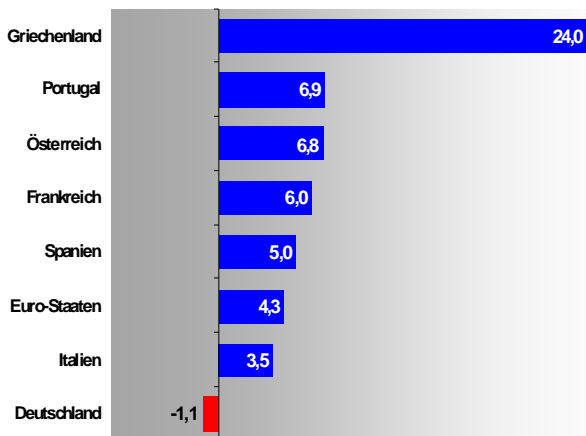
In den meisten Äußerungen aus Brüssel wird von der Orientierung der Lohnstückkosten an der Produktivität gesprochen. Ein Preisausgleich wird dabei nie ausdrücklich erwähnt. Offensichtlich will man in Brüssel, dass die Arbeitnehmer nicht in jedem Fall einen Inflationsausgleich bekommen sollen.

Es ist wahrscheinlich, dass sich – wie bei der Lohnformel des Euro-Plus-Paktes – für die Messung der makroökonomischen Ungleichgewichte die **relative** Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich zu den Handelspartnern als Maßstab durchsetzen wird.

Damit soll die schlechte gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung, die es in der Vergangenheit in Deutschland gegeben hat, zum Vorbild für den ganzen Euroraum zu erhoben werden.

Wegen der schlechten Lohnentwicklung im Bau und in vielen Dienstleistungsbranchen sowie wegen der vielen Mini- und Midijobs und dem Ausufernden der Leiharbeit hatten deutsche Arbeitnehmer nach Abzug der Preissteigerung im Jahr 2009 weniger im Portemonnaie als neun Jahre vorher!

Entwicklung der Reallöhne pro Kopf 2009 gegenüber 2000
Veränderungsraten in Prozent



Quelle: Ameco-Datenbank, Stand: November 2010

Grafik: IG Metall

Auch wenn die Brüsseler Lohnkeule für die Defizitländer gedacht ist; sie drischt de facto auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Euroraums ein. Wenn zum Beispiel Spanien dem deutschen „Vorbild“ folgt und seine Wettbewerbsfähigkeit durch geringen Lohnanstieg verbessert, dann dreht sich die Lohnspirale weiter nach unten. Deutsche und französische Arbeitnehmer würden dann ihrerseits mit dem Beispiel Spaniens unter Druck gesetzt. Aus so einer wettbewerbsorientierten Lohnstrategie würde unweigerlich massiver Nachfrageausfall im ganzen Euroraum folgen.

Jede wettbewerbsorientierte Lohnstrategie riskiert einen gefährlichen Lohnunterbietungswettlauf. Wenn ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit durch geringen Lohnanstieg verbessert, dann verschlechtert sich in einer Währungsunion reflexartig die relative Wettbewerbsfähigkeit der anderen. Die Unternehmen werden nicht zögern, sogleich die Beschäftigten in den anderen Ländern unter entsprechenden Druck zu setzen.

- Die IG Metall lehnt eine europäische Wirtschaftssteuerung ab, die eine Niedriglohn-Strategie zum Ziel hat.

Die meisten gewerkschaftsnahen Ökonomen – neben anderen das IMK – empfehlen statt dessen eine Orientierung der Lohnentwicklung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung des jeweiligen Landes plus der Zielinflationsrate. Diese wird von der Europäischen Zentralbank mit zwei Prozent vorgegeben. Hätte sich Deutschland in der Vergangenheit daran orientiert, so hätten die Lohnstückkosten (= Lohnanstieg zu Produktivitätsanstieg) zwischen den Jahren 2000 und 2009

um 20 Prozent steigen dürfen – statt um nur 6 Prozent in der Realität.

Zudem ist die Analyse falsch, allein die Entwicklung der Lohnstückkosten sei verantwortlich für die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte. Dahinter steht die Vorstellung, dass Löhne und Lohnsetzungsmechanismen die Wettbewerbsschwäche und Leistungsbilanzdefizite der Südländer verursacht hätten.

Das stimmt so nicht. Die Leistungsbilanzungleichgewichte sind aus vielen Gründen entstanden. Unter anderem waren nach der Einführung des Euro die Realzinsen in den südlichen Ländern niedrig. Das bot Anreiz, sich im Ausland zu verschulden und in einem zu hohen Umfang Investitions- und Konsumgüter zu importieren. Die günstigen Kredite bewirkten einen zum Teil spekulativen Investitionsboom und Inflationsraten, die über dem europäischen Durchschnitt lagen. Erst als Folge dieser Tendenzen stiegen auch die Löhne und führten – im Vergleich mit Deutschland – zu höheren Steigerungen der Lohnstückkosten.

3.2. Gefährlich einseitig: Nur die Defizitländer sollen die Lasten tragen

Die Kommission hat ihre Strategie noch nicht endgültig festgelegt, aber für die deutsche und französische Regierung steht schon fest: Allein die Defizit-Länder sollen ihr Verhalten ändern, um die gefährlich groß gewordenen Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften der Euro-Zone abzubauen.

Beide Regierungen ignorieren, dass sowohl die Defizit-, als auch die Überschuss-Länder (wie Deutschland) ihre Politik grundlegend ändern müssen, wenn Europa und der Euro eine Chance haben sollen.

Selbst die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf hat sich mit der schwachen Lohnentwicklung in Deutschland beschäftigt und sieht die Ursachen in der Ausweitung des Niedriglohnsektors und der Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen – wie Leiharbeit und 400-Euro-Jobs.

Die geringe Zunahme der Einkommen hat sich gesamtwirtschaftlich nicht gelohnt. So wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland zwischen Euroeinführung im Jahr 1999 und der Finanzkrise 2008 so schwach, dass Deutschland zusammen mit Portugal das Schlusslicht im Euroraum einnahm, vor allem weil die Binnennachfrage schwach war.

Für die anderen Euroraumländer war die deutsche Entwicklung eine Belastung. Sie litten – spiegelbildlich zu den deutschen Exportüberschüssen – unter Leistungsbilanzdefiziten.

Bei einer solidarischen Strategie für den Euroraum müsste auch von der deutschen Bundesregierung eine Abkehr von ihrer verfehlten Wettbewerbspolitik verlangt werden: Durch gesetzliche Mindestlöhne wie bei unseren Nachbarländern, durch ein Ende der Subventionierung von Mini- und Midijobs und ein Ende des Missbrauchs von Leiharbeit. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung für den Euroraum gerecht werden.

4. IG Metall - Alternativen

4.1. Lohnpolitische Alternativen

Die EU-Verträge schließen die Zuständigkeit der EU für Tarif- und Lohnfragen aus. Dabei soll es auch bleiben.

In diesem Sinne müssen die europäischen Gewerkschaften versuchen, die Beratungen auf EU-Ebene im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Raum zu beeinflussen; das europäische Parlament berät über die zwei Verordnungsentwürfe mit, die der Kommission die Macht geben könnten, in die nationale Lohnfindung einzugreifen. Der EGB hat entsprechende umfassende Änderungsanträge erarbeitet.

Die IG Metall wird sich an die deutschen Europaparlamentarier aller Parteien wenden, damit sie keinen Gesetzen zustimmen, die Eingriffe in die Tarifautonomie möglich machen könnten. Unsere zentrale Forderung ist, in die neuen Gesetze die Zusicherung aufzunehmen, dass Empfehlungen von Kommission und Rat sich nicht auf die Lohnpolitik erstrecken dürfen und dass diese ausdrücklich außerhalb der Aufgabenbereiche der Union liegt.

Wachsender Lohndruck von Seiten der europäischen Institutionen wird so oder so auf die Gewerkschaften zukommen. Wenn es den konservativen Regierungen und der EU-Kommission auch nicht gelingen mag, direkt in die Lohnfindung in den privaten Branchen einzugreifen, so wird schon allein die ständige Brüsseler „Lohn- Beobachtung“ ihre gewünschte Wirkung nicht verfehlen.

Deshalb ist es mit der bloßen Abwehr verfassungswidriger Eingriffe nicht getan. Je mehr die Politik versucht, tarifpolitisches Wohlverhalten der Gewerkschaften durch Intervention zu erzwingen, desto nötiger wird die aktive tarifpolitische Kooperation im Euroraum. Die Mitgliedsgewerkschaften des EMB haben dabei eine gute Basis. Bei ihnen ist die tarifpolitische Koordinierung bereits seit 1999 Praxis.

Der EMB muss auch in Zukunft in aller Unabhängigkeit und in eigener Souveränität debattieren, ob die bisherige tarifpolitische Koordinierung, die sich an den nationalen Produktivitäts- und Preissteigerungen orientiert, vor allem in Anbetracht der auseinanderdriftenden Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Euro-Zone, noch Bestand hat oder verändert werden muss.

Tatsächlich wachsen in der Euro-Zone auch die Anforderungen an die Tarifpolitik. Sie muss den sehr verschiedenen Situationen in den einzelnen Ländern ebenso Rechnung tragen, wie der Situation der gesamten Euro-Zone.

Lohnpolitik darf sich weder europäischen und staatlichen Institutionen noch vermeintlichen ökonomischen Sachzwängen unterwerfen. Das gilt ganz besonders für die mikroökonomische Wettbewerbslogik, die der Wettbewerbspakt und die European Governance verfolgen.

Tarifpolitik beachtet die Makroökonomie, aber eine mechanistische Steuerung durch von außen gesetzte ökonomische Prinzipien kann von Gewerkschaften nicht akzeptiert werden.

Grundsätzlich ist es falsch, zu glauben, in einer Währungsunion gäbe es nur die Stellschraube der Löhne. Selbst wenn die Gewerkschaften die Aufgabe wirtschaftspolitischer Steuerung übernehmen wollten, so wäre die Lohnpolitik damit völlig überfordert.

Deshalb soll die Politik aufhören, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sorge für den Zusammenhalt der Währungsunion aufzuhalsen. Sie soll selbst handeln und Politik für einen nachhaltigen Euroraum machen. Finanz-, Steuer- und Industriepolitik sind wirtschaftspolitische Steuerungsmechanismen von viel größerer Bedeutung.

4.2. Eine andere wirtschaftspolitische Steuerung: Wohlfahrt statt Wettbewerb

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht entstanden, weil es zu wenig Wettbewerb gegeben hätte, sondern weil ungezügelter Wettbewerb ökonomisch ineffizient und sozial unverantwortlich ist.

Das Projekt europäischer, wirtschaftspolitischer Koordinierung ist sinnlos, wenn es auf noch mehr Wettbewerb setzt. Ein gewerkschaftliches Projekt ist wohlfahrtsorientiert. Europäische ökonomische Steuerung und Kontrolle und gar Sanktionen müssen sozial ausgewogen sein und sich an sozialen und solidarischen Werten orientieren.

Die IG Metall fordert, dass der Kriterienkatalog für die tiefere Integration in EU und Euroraum sozial ausgewogen ist und dieses Ziel mit messbaren Indikatoren unterlegt wird:

- Konsultation der Sozialpartner bei der Erarbeitung der politischen Empfehlungen und Indikatoren zur Behebung übermäßiger Ungleichgewichte.
- Beteiligung des Europäischen Parlaments bei der Erarbeitung der Indikatoren und wirtschaftspolitischen Empfehlungen.
- Aufnahme sozialer Indikatoren z. B. zu Ungleichheiten, zur Verbreitung von Niedriglöhnen und Gewinnkennzahlen in das Frühwarnsystem.
- Aufnahme von Indikatoren, die die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Reichtum messen: z. B. Verfügbarkeit und Qualität des Bildungssystems; Qualität und Zugang zur Gesundheitsversorgung; Verfügbarkeit und Qualität von Kindergärten und Einrichtungen für alte Menschen.
- Die politischen Empfehlungen müssen „symmetrisch“ sein, damit die Last der Anpassung über „Defizit“- und „Überschussländer“ verteilt wird. Nicht nur Leistungsbilanzdefizite, auch Überschüsse müssen zu

Gunsten eines balancierten Außenhandels abgebaut werden.

- Keine Sanktionen zu Empfehlungen, die die Entlohnung, Tarifverhandlungsstrukturen und/oder Mindestlöhne betreffen.
- Sanktionen müssen mit qualifizierter Mehrheit und nicht mit einer umgekehrten Abstimmung verabschiedet werden.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss nicht auf eine stärkere Sparpolitik, sondern mehr auf öffentliche Investitionen und eine Stärkung der Steuerbasis ausgerichtet werden.

Die Europäische Währungsunion weist von Beginn an erhebliche Konstruktionsmängel auf. Sie ruht allein auf der Haushaltspolitik und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Mit der einheitlichen Währung und der Europäischen Zentralbank wurden der Wirtschaftspolitik zwei bedeutende Steuerungs-Elemente genommen: der Wechselkurs und eine für jedes Land individuelle Zinspolitik.

Wegen dieser Konstruktionsmängel fehlen heute die Pfeiler für eine gemeinsame koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Europa braucht mehr wirtschafts- und finanzpolitische Koordination.

Gewerkschaften sperren sich keineswegs gegen mehr europäische Koordinierung. Aber wir wollen ihr eine andere Richtung geben: eine andere Logik, andere Pfeiler und ein anderes Ziel: ein soziales und solidarisches Europa – einen sozialen und solidarischen Euroraum.

Für eine richtige Wirtschaftsregierung ist die EU und der Euroraum aber noch lange nicht reif. Denn die EU ist ein Staatenbund ohne eigene Regierung und gemeinsame Verfassung.

Die EU und die Eurozone können trotzdem stärker zusammen wachsen als das bis heute erreicht ist. Schritte in Richtung einer Europäischen Wirtschaftsregierung sind möglich.

Dazu müssen auch in der EU Finanzausgleichsmechanismen zwischen den Mitgliedsstaaten eingeführt werden. Überschussländer müssen die Defizitländer unterstützen – eine Art Europäischer Marshallplan. Und die EU muss einen größeren Haushalt bekommen, über den sie verfügen kann.

Eine solche Kompetenzerweiterung der Finanzpolitik auf der europäischen Ebene setzt allerdings eine weitere Demokratisierung der EU voraus. Das Europäische Parlament wird in Zukunft eine noch viel größere Bedeutung bekommen.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

03 / 2011
18. Mai 2011

Autorin:

Dr. Margit Köppen

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik
Sarah Menacher
D-60519 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (69) 6693 2091
Fax: +49 (69) 6693 80 2091
Web: www.igmetall.de/download

Interesse an einem Abo?

Kurze Info per mail an: sarah.menacher@igmetall.de